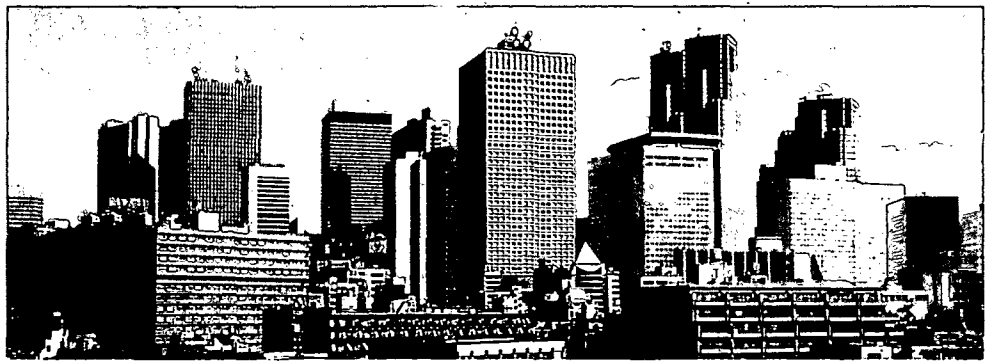


Zu viele faule Kredite in Japan

Japans Großbanken müssen sich auf gigantische Verluste aus zu leichtsinniger Kreditvergabe an Immobilien-Spekulanten einstellen. Schon jetzt halten die japanischen Geldkonzerne Forderungen von rund drei Billionen Yen (39 Milliarden Mark) gegenüber Kunden aus dem Immobilien-Sektor, die keine Zinsen mehr zahlen können. Nach Schätzungen von Bank-Analysten wird sich dieser Sumpf fauler Kredite bis Ende März 1992, dem Ende des laufenden Geschäftsjahres japanischer Kreditinstitute, sogar noch auf 20 Billionen Yen (260 Milliarden Mark) vergrößern. Zu lange hatten Japans Banker darauf vertraut, daß es mit den Grundstücks- und Gebäudepreisen in Tokio und anderen japanischen Städten nur steil nach oben gehen könnte, und den Immobilien-Boom mit sehr großzügigen Kreditkonditionen geschürt. Als die Regierung den Boom durch eine schärfere Geld-



Immobilien in Tokio

politik bremste, mußten Tausende von Immobilien-Unternehmen Konkurs anmelden. Die Zahl der Pleiten wäre noch weit höher, wenn Japans Banken nicht überwiegend darauf verzichteten würden, Kunden, die keine Zinsen mehr zahlen, in den Bankrott zu treiben. Solange ein Schuldner nicht völlig pleite ist, braucht eine Bank in Japan ihre Forderung nicht abzuschreiben. Sie kann also ihren Verlust kaschieren, bis womöglich wieder bessere Zeiten kommen.



Boulevardblatt Super Illu

Die Kirche, der Sex und das Geschäft

Zwischen Glaube und Geschäft versteht die katholische Kirche trefflich zu unterscheiden. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, kritisiert zwar die „entwürdigende und hemmungslose Darstellung von Sexualität“ im Fernsehen. Doch an einer Zeitschrift, die sich auf diesem Gebiet nicht gerade in Zurückhaltung übt, sind kirchliche Institutionen zumindest indirekt stark beteiligt: An der in Berlin erscheinenden *Super Illu* („Ost- oder Westpaare – Wer explodiert öfter im Bett“) halten die Verlage Burda und Gong jeweils 50 Prozent. Der Gong-Verlag ist eine 100prozentige Tochter der Sebaldis Druck und Verlag GmbH in Nürnberg, an der so ehrenwerte Organisationen wie das Erzbis-

tum Bamberg, das Bischöfliche Seminar St. Willibald und das Internationale Katholische Missionswerk München beteiligt sind. Das in Österreich erscheinende Magazin *Kirche intern*, das die Beteiligungsverhältnisse recherchiert hat, beklagt diesen „Fall bedenklicher Doppelmoral“.

Netzwerk für Betriebsräte

Das Netzwerk des Computerherstellers Digital Equipment wird künftig nicht nur den Managern der Firma die Arbeit erleichtern: Die Betriebsräte der Werke in acht europäischen Ländern wollen ihre Arbeit ebenfalls durch die moderne Technik koordinieren. Per Bildschirm können sich die Mitarbeiter der einzelnen Standorte dann jederzeit über die Interna der ausländischen Schwesterunternehmen informieren. Die digitale Zusammenarbeit kann für die Unternehmensspitze unangenehm werden: Sie verliert bisweilen nützlichen Informationsvorsprung. In zwei deutschen Niederlassungen hat es bereits Ärger um die Nutzung des elektronischen Verteilers gegeben. In Köln und München klagten die Betriebsräte gegen die Anweisung ihrer Manager, die Mailboxen nur nach Voranmeldung für ihre Zwecke zu benutzen. Die Arbeitnehmervertreter bekamen in beiden Fällen recht.

US-Technik in Sowjet-Jets

Der Flugzeughersteller Iljuschin will erstmals sowjetische Maschinen mit westlicher Technologie ausrüsten. Das Unternehmen bestellte bei der US-Firma Rockwell elektronische Fluginstrumente für 400 Maschinen des Typs Iljuschin 96-M. Die Großraumflugzeuge sollen zudem mit Triebwerken des US-Herstellers Pratt & Whitney fliegen. Früher weigerten sich die Amerikaner, die Sowjets mit High-Tech-Ware zu beliefern. Jetzt wollen sie die enormen Marktchancen nutzen.

Der Streit der Lachszüchter

Lachszüchter aus Schottland sehen ihre Existenz bedroht und haben den britischen Premierminister John Major um Hilfe gebeten. Schuld an ihrer schlimmen Lage, die bereits mehrere Züchter zur Aufgabe zwang, seien ihre Konkurrenten aus Norwe-



Norwegischer Lachszüchter

gen, die ihre Ware zu Dumping-Preisen verkauften. Der Regierungschef soll nun bei der EG-Kommission darauf drängen, daß diese unfairen Wettbewerbspraktiken unterbleiben und der Lachsexport aus Norwegen mit Quoten begrenzt oder mit Zöllen belegt wird.